

DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 04.07.2019

Fraktion	Betreff des DAes
ÖVP	Eine Kapitulation vor dem Drogenproblem <i>Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen Grüne, SPÖ, Neos)</i>
ÖVP	Jugendpartizipation zu Maßnahmensetzung im Umweltbereich <i>Antrag einstimmig ANGENOMMEN</i>
Grüne	Klimakrise und Hitzewelle in Graz <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
SPÖ	Klimanotstand <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
KPÖ	Öffi-Tarife für SeniorInnen und Kinder <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Abänderungsantrag einstimmig angenommen</i>
KPÖ	Honoraruntergrenzen für KünstlerInnen und Kulturschaffende <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
Grüne	Mehr Artenschutz in die Stadt! <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
SPÖ	Konzept für leistbaren und flächendeckenden Musikschulunterricht <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Abänderungsantrag einstimmig angenommen</i>
Neos	Fernkälte: kühle Lösung für die Grazer Sommerhitze <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen Grüne)</i>

GR Univ.Prof. Dr. Daisy KOPERA
GR Mag. Astrid SCHLEICHER

04.07.2019

G e m e i n s a m e r

Dringlicher A N T R A G **von** **ÖVP und FPÖ**

Betr.: Eine Kapitulation vor dem Drogenproblem

Der im Gesundheits- und Umweltausschuss vom 3.6.2019 vorgelegte Bericht ist eine Kapitulation vor der Drogenproblematik in Graz und lässt jeglichen strategischen Ansatz zur Suchtbekämpfung vermissen! Es wird gänzlich außer Acht gelassen wie sich die Situation in den letzten 15 Jahren entwickelt hat und man findet keine Vergleichswerte aus welchen hervorgeht, ob Drogenkonsum in der Bevölkerung ein wachsendes Phänomen ist.

Auf die prekäre Situation der durch Ruhestand schwindenden SubstitutionsbehandlerInnen wird gar nicht erst eingegangen, dabei ist gerade das ein hochbrisantes Thema, welches dringend nach einer Lösung ruft!

Der vorliegende Bericht verspricht zwar anhand von vorhergehenden Berichten und Zahlen die Suchtpolitik der Stadt Graz zu adaptieren, bringt aber weder den Ist-Zustand noch die mögliche Herangehensweise bzw. Lösungsansätze auf den Punkt. Suchtmittel werden hier als freudebringende und schmerzlindernde Substanzen verharmlost, es ist sogar von anzustrebender Entkriminalisierung die Rede. In geradezu philosophischer Weise wird hier die Entstigmatisierung Drogenabhängiger durch Förderung der Akzeptanz des Krankheitsbildes herbeigeschworen. Vielmehr noch: Aufklärungsarbeit und Präventivunterricht würden hingegen als „abgleiten“ in den Jugendschutz dargestellt.

Was im Bericht nicht erwähnt wird, sind Fakten wie diese: Internationalen Berichten zufolge hat der Drogenkonsum 2017 eine Spitze erreicht. Insgesamt, und das sollte die Alarmglocken schrillen lassen, hat er sich in den letzten 10 Jahren um 30% erhöht. Es wird vor allem Cannabis konsumiert, an zweiter Stelle wird Kokain erwähnt, dessen Konsum vor allem in den USA und Canada steigt, an dritter Stelle jedoch in der EU und so vermutlich auch in Österreich.

Deshalb stellen wir im Namen der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ folgenden

Dringlichen Antrag:

Herr Magistratsdirekter Mag. Martin Haidvogel wird beauftragt, unter Mitwirkung all jener Magistratsabteilung, die aus ihren Aufgabenfeldern wertvolle Beiträge und Erfahrungen einbringen können, wie beispielsweise die Präsidialabteilung, das Sozialamt, das Amt für Jugend und Familie, das Gesundheitsamt, das Sportamt, eine **Antisuchtkommission** mit dem Ziel zusammenzustellen, einen schlüssigen Bericht über die Entwicklung der Drogensituation in Graz vorzulegen, auf dessen Basis die neue Kommission Empfehlungen und Strategien zur Bewältigung dieses Problems ausarbeitet und vor allem wirksame Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen entwickelt.

Das Strategiepapier wird bis Februar 2020 im Gesundheitsausschuss als Diskussionsgrundlage für weitere Umsetzungsschritte erwartet.

GR Anna HOPPER
KO Mag. Armin SIPPEL

04.07.2019

G e m e i n s a m e r

Dringlicher A N T R A G **von** **ÖVP und FPÖ**

Betr.: Jugendpartizipation zu Maßnahmensetzung im Umweltbereich

Das Engagement, das junge Menschen in den vergangenen Monaten für ihre Zukunft und die Welt in der sie leben möchten, an den Tag legen, ist beeindruckend und in dieser Weise noch nie dagewesen. Dem klaren Auftrag, mehr zu tun als bereits geschieht, sind die Stadt Graz und das Land Steiermark bereits nachgekommen und haben durch verschiedene Initiativen, wie bspw. das Top-Ticket für Studierende oder die Baumpflanzungen für Neugeborene, Ausbau der Straßenbahninfrastruktur, Fernwärmeausbau klare Zeichen für ökologisch nachhaltige Politik gesetzt.

Darüber hinaus wurden engagierte Schülerinnen und Schüler bereits im Februar zu einem Austauschgespräch mit Stadtrat Kurt Hohensinner und Stadtrat Günter Riegler zu notwendigen Maßnahmen für die Stadt Graz eingeladen. Im April wurde daraufhin auch gemeinsam mit der Bildungsdirektorin des Landes Steiermark HRin Elisabeth Meixner sowie Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, ein Runder Tisch und der Workshop „Klimaschutz – 5 vor 12“ veranstaltet, bei dem Jugendliche in fünf Workshops zu verschiedenen Bereichen der Nachhaltigkeit Forderungen und Maßnahmen sammeln bzw. erarbeiten konnten. Unter dieser Sammlung finden sich neben allgemeinen Forderungen, wie der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, einige für das private Umfeld relevante Vorschläge, um selbst einen Beitrag leisten zu können. Beispielhaft dafür ist pflichtbewusstes Mülltrennen oder die Verwendung von Stofftaschen.

Große Relevanz für die Stadt Graz haben allerdings die Forderungen, deren Zuständigkeiten und Regulierungen bei der Stadt liegen, wie beispielsweise:

- Ausbau von Öffis, Radwegen und P&R Plätzen
- Bewusstseinskampagnen zu Stromsparen
- Neuanschaffung & Aufstellen von Mülleimern
- Ausweitung von Car-Sharing
- Einführung eines autofreien Tages
- Bewerbung von Roof-Planting

Die Chance, junge Menschen, die aktiv mitgestalten möchten, enger in den politischen Prozess einzubinden, sollte die Stadt Graz nutzen.

Deshalb stellen wir im Namen der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ folgenden

Dringlichen Antrag:

Das Amt für Jugend und Familie wird damit beauftragt, unter Einbeziehung der zuständigen Ämter (Umweltamt, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Stadtbaudirektion) und der Holding Graz und von KlimaexpertInnen und -experten aus dem universitären Bereich gemeinsam mit engagierten Jugendlichen einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, in welchem die Ergebnisse der bisher stattgefundenen Treffen aufgearbeitet und deren Umsetzungsmöglichkeiten in Graz konkretisiert werden sollen.

Dem Gemeinderat werden die Ergebnisse bis Dezember vorgelegt.



Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 04. Juli 2019

von

GRⁱⁿ Tamara Ussner

Betrifft: Klimakrise und Hitzewelle in Graz

Wir sind mitten in der Klimakrise angekommen. Graz und viele andere Orte weltweit haben im Juni den wärmsten Monat seit es Aufzeichnungen gibt gemessen. Die Permafrostböden schmelzen genauso wie die Arktis - die Kipppunkte unseres Klimasystems sind erreicht. Wenn wir nicht jetzt etwas unternehmen, kollabieren die Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen und die Welt wird sich irreversibel verändern. ForscherInnen warnen auf Basis dieser neuesten Erkenntnisse, dass unsere Zivilisation wie wir sie kennen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit 2050 nicht mehr existieren wird.

Wie massiv die Klimaerwärmung sich vor allem in urbanen Räumen auswirkt, haben wir alle die letzten Tage zu spüren bekommen. Viele, vor allem ältere Menschen, leiden massiv unter der Hitze. In jenen Bezirken, die mit besonders wenig Grünraum ausgestattet sind, ist es für sie kaum mehr möglich, das Haus zu verlassen. Aber auch die eigenen vier Wände heizen sich über die langen Hitzeperioden auf und bieten nicht einmal mehr in der Nacht die nötige Abkühlung für einen erholsamen Schlaf. Menschen in prekären Lebenssituationen haben wenig Möglichkeiten, dieser Situation zu entkommen. Körperliche und psychische Gesundheit werden sukzessive beeinträchtigt, die Ambulanzen und NotärztInnen sind im Dauereinsatz.

So wie die ersten Städte in Österreich, beschloss am Dienstag, den 2. Juli 2019 der Nationalrat mit großer Mehrheit, den nationalen Klimanotstand auszurufen. Das ist eine wichtige und richtige Entscheidung, denn sie anerkennt den akuten Notstand und untermauert die Dringlichkeit, auf globaler, nationaler und kommunaler Ebene rasch Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Jetzt sofort muss etwas passieren und ich wünsche mir für uns, für unsere Kinder und Enkelkinder, dass das endlich auch von der Stadt Graz nicht nur mehr am Papier und aus vollem Munde geschieht, sondern in sicht- und spürbaren Taten. Noch schneller als wir Banken retten, sollten wir uns selbst retten und die Profitinteressen solange hintanstellen, bis wir sicher sein können, dass wir unsere einfachsten und existenziellsten Lebensgrundlagen wie Luft, Boden und Wasser auch für die nächsten Generationen erhalten können.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Grazer Gemeinderat erklärt den Klimanotstand und verpflichtet sich damit dazu,
 - die Klimakrise und ihre schwerwiegenden Folgen als höchste Priorität anzuerkennen sowie
 - alle weiteren Beschlüsse des Grazer Gemeinderates als Entscheidungsgrundlage daraufhin zu prüfen, in welchem Ausmaß sie weitere Emissionen produzieren oder diese reduzieren.

2. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, für jene Orte in der Stadt, die von der Hitze am meisten betroffen sind - insbesondere öffentliche Plätze, die von vielen Menschen frequentiert werden – ein Akutmaßnahmenpaket auszuarbeiten, das Begrünungs- und Beschattungsmaßnahmen ebenso beinhaltet, wie die Einrichtung von Wasserflächen oder Brunnenanlagen bzw. weitere Maßnahmen aus der beschlossenen „Klimawandelanpassung in Graz – Aktionsplan 2022“ der Stadt Graz.

3. Das Akutmaßnahmenpaket wird dem Gemeinderat in seiner Sitzung im September 2019 vorgelegt, um sicherzustellen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen – vorausgesetzt einer entsprechenden Beschlussfassung im Gemeinderat – rechtzeitig bis zum Sommer 2020 umgesetzt werden können.



Betreff: Klimanotstand



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Dringlicher Antrag

**an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 4. Juli 2019**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Auswirkungen der Klimakrise sind weltweit spürbar. Niemand kann die drastischen Effekte der Erdüberhitzung mehr leugnen. In Indien etwa sind bereits ganze Landstriche für Menschen nicht mehr bewohnbar und es brechen vereinzelt schon Auseinandersetzungen um das immer weniger werdende Trinkwasser aus.

Doch wir müssen gar nicht so weit in die Ferne blicken, um festzustellen, dass etwas nicht stimmt. In Wien gab es im Juni 2019 mehr Hitzetage über 30 Grad, als im Jahrzehnt von 1970 bis 1980 in irgendeinem Jahr insgesamt. Die Steiermark leidet regelmäßig unter Dürre und extremer Hitze. In Frankreich wurde letzte Woche mit 45 Grad die heißeste jemals aufgezeichnete Temperatur gemessen. Im letzten Jahr gab es in Österreich fast doppelt so viele Tote durch die Auswirkungen von Hitze, wie im Straßenverkehr.

766 Menschen verloren im Jahr 2018 in Österreich auf diese tragische Weise ihr Leben. Dennoch wurde darüber kaum berichtet, ein öffentlicher Aufschrei blieb aus. Wenn es eine Krankheitswelle gewesen wäre, die hunderte Menschen dahingerafft hätte, so wären die Anstrengungen der Politik, dieses Unheil zu bekämpfen, wohl erheblich größer gewesen und es hätte größtmögliche Anstrengungen gegeben, dieses unnötige Sterben unverzüglich zu beenden. Dieser Einsatz seitens der Politik blieb bei der hitzebedingten Todeswelle allerdings aus. Das zeigt, dass die Klimakrise in Österreich noch immer nicht ernst genug genommen wird.

Die Wissenschaft ist fast einstimmig überzeugt davon, dass uns nur noch wenige Jahre bleiben, um eine Klimakatastrophe abzuwehren. Dennoch gibt es von der Politik meist nur inhaltsleere Absichtserklärungen. Die Stadt Graz bildet dabei leider keine Ausnahme. Unsere bisherigen Anstrengungen reichen bei weitem nicht aus, um einen gerechten Beitrag dafür zu leisten, die letzten 12 Jahre zu nutzen, um die Klimakrise zu verhindern.

Die Zeit läuft uns davon. Der Klimanotstand soll uns allen bewusst machen, dass es nicht 5 vor 12 mehr ist, sondern 1 Minute vor 12 und dass es große Schritte und die Anstrengung von uns allen braucht.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz ruft ab sofort den Klimanotstand aus. In der Stadt Graz werden künftig alle Beschlüsse und Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf das Klima und die Erreichung der Klimaziele geprüft.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 4. Juli 2019

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Öffi-Tarife für SeniorInnen und Kinder

Viele Wege, die die Grazer Bevölkerung zurücklegt oder zurücklegen muss, werden mit dem Öffentlichen Verkehr abgewickelt. Der Anteil liegt seit Jahren konstant bei knapp 20 Prozent.

Dabei muss sich der ÖV für jede Fahrt aufs Neue dem Wettbewerb, insbesondere mit dem motorisierten Individualverkehr, stellen, um neue KundInnen zu gewinnen, bzw. alte zu halten. Viele Maßnahmen, insbesondere seit der Gründung des steirischen Verkehrsverbundes, zielen daher in diese Richtung. Attraktive Angebote zeigen hier schon bald Wirkung.

Aber es gibt natürlich auch noch einige Schwächen zu überwinden. Zwei Punkte sind dabei in den letzten Tagen und Wochen - auch in der breiten Öffentlichkeit - wieder stärker diskutiert worden.

1. Kinder, die noch nicht in die Schule gehen, sollten die öffentlichen Verkehrsmittel gratis benutzen können. Das erscheint nicht nur logisch und wünschenswert, viele glauben auch, dass dies tatsächlich der Fall ist. Aber eine kleine Gruppe ist davon ausgenommen. Nämlich jene, die das 6. Lebensjahr bereits vollendet haben, deren Eltern (bzw. Elternteil) Inhaber einer Sozial Card sind. In diesem Falle gilt der steirische Familienpass eben nicht.

2. SeniorInnen benötigen eine ÖBB-Vorteilscard, um auch im steirischen Verkehrsverbund Ermäßigungen zu erhalten. Einheimische, vor allem aber Gäste unserer Stadt, die oft weniger gut informiert sind, wurden hier schon gestraft, weil sie über diese Vorschrift nicht informiert waren.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn Dr. Günter Riegler in seiner Funktion als Finanz- und Beteiligungsstadtrat,

1. Gespräche mit den Holding Graz Linien und dem Land Steiermark zu führen und auszuloten, ob man eine Lösung finden kann, damit die SozialCard mobil um die im steirischen Familienpass festgelegten Leistungen (Kinder fahren gratis bis 15 Jahre mit) erweitert wird oder die Bestimmungen für den Familienpass entsprechend geändert werden.

2. gemeinsam mit den ÖBB und dem Land Steiermark Möglichkeiten und deren - v. a. finanzielle - Auswirkungen auszuloten, die Seniorenermäßigung für die Verbund-Zeitkarten von der ÖBB-Vorteilscard Senior zu entkoppeln.

GR. Sissi POTZINGER

4.7.2019

ABÄNDERUNGSANTRAG

Betr.: Abänderungsantrag zum DA der KPÖ, eingebracht von KO Manfred Eber, betreffend „Öffi-Tarife für SeniorInnen und Kinder“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Zum angeführten Dringlichen Antrag stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Frau Elke Kahr in ihrer Funktion als Verkehrsstadträtin,

1. Gespräche mit den Holding Graz Linien und dem Land Steiermark zu führen und auszuloten, ob man eine Lösung finden kann, damit die SozialCard mobil um die im steirischen Familienpass festgelegten Leistungen (Kinder fahren gratis bis 15 Jahre mit) erweitert wird oder die Bestimmungen für den Familienpass entsprechend geändert werden.

2. gemeinsam mit den ÖBB und dem Land Steiermark Möglichkeiten und deren - v. a. finanzielle - Auswirkungen auszuloten, die Seniorenermäßigung für die Verbund-Zeitkarten von der ÖBB-Vorteilscard Senior zu entkoppeln.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a Sahar Mohsenzada

Donnerstag, 4. 7. 2019

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Honoraruntergrenzen für Künstler_innen und Kulturschaffende

Leider ist Spitzwegs „Armer Poet“ für viele Menschen noch immer das Sinnbild eines Künstlers: ausgehungert und frierend in einer Substandardwohnung, der prekären Beschäftigung nachgehend, damit andere Menschen sich später in ihrer gemütlich warmen Wohnung an seinen Werken erfreuen können.



Das Land Berlin hat bereits vor einigen Jahren eingesehen, dass sich ihr Aushängeschild, nämlich Kunst und Kultur, unter diesen Bedingungen nur schwerlich produzieren lässt. Die Senatsverwaltung hat daher Richtlinien zu Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonoraren und Lesehonoraren erstellt, die bei Antragsstellung auf Förderung zur berücksichtigen sind. Ausnahmen macht die Jury der Fördergeber_innen lediglich bei kleinen Vereinen und Kleinstprojekten, die nicht in der Lage sind, Drittmittelgelder einzuheben.

Die Stadt Graz, die als Kulturhauptstadt bald wieder ein Kulturjahr veranstaltet, sollte diesem Beispiel folgen. Denn um diesem Titel gerecht zu werden, heißt es nicht allein, Werbemittel in die Hand zu nehmen, sondern auch darauf zu achten, dass Kulturschaffende ein existenzsicherndes Einkommen haben. Denn nicht jede Kunst lässt sich verkaufen. Medienkunst etwa, für deren Qualität Graz einen internationalen Ruf genießt, passt z. B. nicht ins heimische Wohnzimmer.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz (Kulturamt) mögen in Anlehnung an das Berliner Beispiel Richtlinien für Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonorare und Lesehonorare ausarbeiten, die als Kriterium für die Gewährung zukünftiger Kulturförderungen, insbesondere bei den Projekten des Kulturjahres 2020, zur Anwendung kommen sollen.



Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 04. Juli 2019

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Mehr Artenschutz in die Stadt!

„Wir erodieren global die Basis unserer Volkswirtschaften, Lebensgrundlagen und Nahrungsmittelsicherheit“, so die alarmierende Botschaft von Robert Watson, Vorsitzender des Weltbiodiversitätsrates IPBES (Intergovernmental Science Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, vergleichbar mit dem UN-Weltklimarat). 145 ExpertInnen aus 50 Ländern hatten für den Weltbiodiversitätsrat drei Jahre lang tausende von Studien ausgewertet. Der Anfang Mai 2019 in Paris vorgestellte Bericht zur weltweiten Artenvielfalt ist alarmierend: Rund eine Million Tier- und Pflanzenarten sind demnach vom Aussterben bedroht. Auch die Steiermark ist von einem anhaltenden Verlust bestimmter Tier- und Pflanzenarten betroffen. Als Reaktion auf dieses erschütternde Ergebnis fordern die ExpertInnen nun "tiefgreifende Änderungen" im Naturschutz.

Weltweit mehren sich Hinweise, dass speziell auch Insekten massenhaft verschwinden. Insekten sind Pflanzenbestäuber, Schädlingsbekämpfer, tragen zur Bodenfruchtbarkeit bei und sind Futter für andere Tiere. Aufgrund des laufenden Verlusts intakter Böden und naturbelassener Flächen wird die Anzahl und Vielfalt der Insekten immer stärker verringert. Dies gefährdet unser Ökosystem und hat dramatische Folgen für uns Menschen und unsere Lebensgrundlagen.

Es braucht dringend und auf allen Ebenen – von der EU über die Länder bis zu den Kommunen – ein umfassendes Maßnahmenprogramm für Artenvielfalt und Insektenschutz, welches neben einer schrittweisen Verringerung des Pestizideinsatzes und einem Verbot von Bienengiften auch eine Extensivierung der Landwirtschaft, massive Verringerung der Flächenversiegelung, Förderung von Wildbestäubern und eine Bewusstseinsbildungskampagne umfasst. Wir brauchen wieder deutlich mehr blühende Landschaften!

Ein Beitrag der Stadt Graz, dem Artensterben entgegenzuwirken, ist das naturnahe Bepflanzen von gemeindeeigenen Flächen, eine biologische Landwirtschaft sowie die Abstimmung von Pflegemaßnahmen auf die Lebensraumansprüche. Das trägt dazu bei, die dramatische Lage für Bienen, Hummeln, Schmetterlinge und andere Insekten zu lindern.

Die Stadt Graz ist unter Österreichs Städten aufgrund eines Beschlusses des Grazer Gemeinderats Vorreiter beim Verzicht auf die Verwendung von Glyphosat auf öffentlichen Flächen. Darauf können wir zu Recht stolz sein! Darüber hinaus werden erfreulicherweise bereits einige Blühwiesen insektenfreundlich gepflegt – wie z.B. am Rosenhain. In den öffentlichen Parks kommt die Entwicklung in Richtung extensiver insektenfreundlicher Wiesen auf Teilflächen leider schleppend voran, obwohl dies z.B. im Parkpflegewerk zum Grazer Stadtpark angedacht war. Es wäre wünschenswert, dass der Anteil an Blühwiesen in öffentlichen Parks künftig mindestens 20% der Fläche beträgt. Um das Angebot insektenfreundlicher zu gestalten, sollten in Zukunft auch bei der Neubepflanzung von gemeindeeigenen Flächen im Sinne der Artenvielfalt und Bienenverträglichkeit deren Förderung sowie Aspekte des Artenschutzes stärker berücksichtigt werden. Bei bereits bestehenden bepflanzten Flächen sollte geprüft werden, ob sie bienen- bzw. insektenfreundlich gestaltet sind, und gegebenenfalls eine Umgestaltung vorgenommen werden.

Auch die landwirtschaftlichen Betriebe sollten motiviert werden – z.B. im Rahmen des Projekts „Smart Food Grid Graz“ - stärker auf biologische Landwirtschaft zu setzen. Mit der auf Bio-Landwirtschaft ausgerichteten Landwirtschaftsschule Grottenhof ist dazu ausgezeichnetes Know-how vor Ort verfügbar!

Die Stadt Graz könnte so Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger werden! Ein Maßnahmen-Programm des Landes Steiermark, der Stadt Graz und der Gemeinden beim Insektenschutz sowie Bewusstseinsbildung in Schulen und der breiten Öffentlichkeit sind weitere wichtige Maßnahmen, damit der Verlust der Artenvielfalt gestoppt werden kann! Es ist ein Gebot der Stunde, auch und gerade im urbanen Raum, alle verfügbaren Handlungsmöglichkeiten auszunutzen und ehestmöglich mehr Maßnahmen gegen den voranschreitenden Rückgang von Tier- und Pflanzenarten zu setzen.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Die Stadt Graz bekennt sich zu den Zielen des Artenschutzes und bemüht sich, diese in ihrem Wirkungsbereich bestmöglich zu unterstützen.
2. Die Abteilung für Grünraum wird in Kooperation mit den zu befassenden Stellen, insbesondere dem Umweltamt und der Holding Graz ersucht, ein Artenschutz-Maßnahmenprogramm zu erstellen.
3. Bürgermeister Nagl wird ersucht, die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit damit zu beauftragen, im Rahmen der stadteigenen Medien über Artenschutz und die von der Stadt gesetzten Maßnahmen zu informieren.

4. Bürgermeister Nagl wird ersucht, in Kooperation mit dem Projekt „Smart Food Grid Graz“ an die landwirtschaftlichen Betriebe mit dem Ziel heranzutreten, den Anteil biologisch wirtschaftender Betriebe zu erhöhen.
5. Die Stadt Graz tritt an Betriebe und Bildungseinrichtungen mit dem Ziel heran, über die Vordringlichkeit von Projekten zum Artenschutz zu informieren und/oder ebensolche zu initiieren.

Christine Perbste-Weinert

Betreff: Konzept für leistbaren
und flächendeckenden
Musikschulunterricht



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Mag.^a Alexandra Marak-Fischer
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 4. Juli 2019**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Alle Kinder verfügen über Begabungen und Talente. Diese zu erkennen und zu fördern ist eine Aufgabe, die nicht allein in den Familien gelingen kann und muss, auch die öffentliche Hand und das Gemeinwesen haben dafür eine Verantwortung. Neben den Talenten, die selbstverständlich in der Schule gefördert und ausgebildet werden, sind es vor allem auch sportliche und musikalische Talente, die hier einen besonderen Stellenwert haben und außerschulisch ausgeübt werden.

Es ist nachgewiesen, dass die Förderung musikalischer Bildung auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einen besonders positiven Effekt hat. Das Erlernen eines Instruments fördert Konsequenz, Konzentration und nicht zuletzt die Vernetzung der beiden Gehirnhälften. In späteren Jahren ist das Spielen eines Instruments ein schönes Hobby und oftmals auch Basis für gemeinschaftliche Aktivitäten oder Beteiligung in einem Musikverein.

Instrumentalunterricht und musikalische Bildung werden in den steirischen Regionen über die kommunalen Musikschulen vermittelt, die flächendeckend in vielen Gemeinden vertreten sind, getragen von den Gemeinden, gefördert vom Land Steiermark, oft in enger Kooperation mit dem Blasmusikverband oder regionalen Vereinen. Was die Qualität der Ausbildung betrifft, so gibt es dank des Musikschullehrerdienstrechtsgesetzes und der Förderrichtlinie des Landes für alle gleich geltende Regeln und Anstellungserfordernisse. Für die pädagogische Fachaufsicht ist der Landesschulrat, nun Bildungsdirektion Steiermark, zuständig.

In Graz allerdings haben wir die besondere Situation, nicht Trägerin einer eigenen Musikschule zu sein, sondern auf der einen Seite das Johann-Josef-Fux-Konservatorium des Landes in Graz zu haben, das mit seinen Außenstellen auch in einigen Volksschulen vertreten ist, aber bei weitem nicht flächendeckend vertreten ist. Auf der anderen Seite gibt es ergänzend zum Konservatorium eine nicht gerade übersichtliche Zahl an privaten Musikschulen und Anbietern von Unterricht.

Diese bieten größtenteils auch qualitativ hochwertigen Unterricht, allerdings unterliegen sie keinerlei Aufsicht oder Qualitätskontrolle. Die Lehrenden haben unterschiedliche Verträge, es gibt keine verpflichtenden Ausbildungsvoraussetzungen und sie unterliegen nicht der Fachaufsicht des Landes oder der Bildungsdirektion. Sie erhalten auch keine oder nur projektbezogene Förderungen der öffentlichen Hand. Der Unterricht findet teilweise in den Schulen statt, teilweise anderswo.

Wichtig für das Erreichen des Ziels, dass alle Kinder ihren Talenten entsprechend gefördert werden, ist auch die Leistbarkeit des Unterrichts. Im Falle des Konservatoriums gibt es wie in den kommunalen Musikschulen die Möglichkeit einer Reduzierung des Elternbeitrages um bis zu 50 % bei geringem Einkommen. Bei privaten Musikschulen ist dies natürlich nicht der Fall. Da kommen dann schon durchschnittlich etwa 400 € pro Semester für ein Kind zusammen, was für viele Familien neben den anderen Kosten eine unüberwindbare Hürde darstellt.

Aus meiner Sicht ist es anzustreben ein von allen zuständigen Stellen, d.h. Stadt Graz, Land Steiermark und Bildungsdirektion, erarbeitetes Konzept für das Musikschulwesen in Graz zu haben, in dem gemeinsame Qualitätskriterien erarbeitet werden, Möglichkeiten der Finanzierung einer Förderung für Kinder aus finanziell benachteiligten Familien überlegt werden und vor allem eine Anlaufstelle für Eltern geschaffen werden könnte, um das beste Angebot für ihr Kind zu finden. Denkbar wäre hier eine Bündelung im IBOBB – Cafè oder Ähnliches.

Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemeinsam mit dem Bildungsressort des Landes und der Bildungsdirektion Steiermark ein Konzept für ein flächendeckendes, qualitätsvolles Angebot zur musikalischen Talentförderung Grazer Kinder und Jugendlicher zu entwickeln.

Des Weiteren sollte in diesem Zusammenhang auch eine zentrale Informations- und Erstanlaufstelle für Eltern entwickelt werden, die ihnen dabei hilft, die passende Institution für ihr Kind zu finden.

GR Univ. Prof. Dr. Daisy KOPERA, MBA

4.7.2019

A B Ä N D E R U N G S A N T R A G

Betr.: Abänderungsantrag zum DA der SPÖ, eingebracht von
GR Alexandra Marak-Fischer, betreffend „Konzept für leistbaren und
flächendeckenden Musikschulunterricht“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Musikunterricht ist zweifellos im Kulturland Österreich eine wichtige und unterstützenswerte Säule im Bildungsangebot für unsere Jugend.

Dennoch ist es nicht im Sinne eines dringlichen Antrags an den Kulturstadtrat der Landeshauptstadt Graz heranzutreten, da die Zuständigkeit in Bezug auf die Organisation des Angebots für den Musikunterricht im Bildungsressort des Landes Steiermark liegt.

Zum vorliegenden Dringlichen Antrag stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Das Anliegen wird an die zuständige Landesrätin Mag. Ursula Lackner gerichtet.

Die Stadt Graz ist gerne dazu bereit, das bestehende Angebot auf öffentlich zugänglichen Plattformen wie Hip-Hop-Laden, Kinderdrehscheibe und der Website der Stadt zu veröffentlichen.



Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 4. Juli 2019
eingebracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: **Fernkälte - Kühle Lösung für die Grazer Sommerhitze**

Der Klimawandel macht auch vor Graz und der Steiermark nicht halt. Die anhaltende Hitze und extremen Hitzerekorde der letzten Tage haben diese Tatsache unterstrichen. Dabei setzt lang andauernde Hitze der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger stark zu. So gab es im Jahr 2018 bereits etwa doppelt so viele Hitzetote wie Verkehrstote¹.

Dabei ist es nicht verwunderlich, dass die Anzahl an Klimaanlage in Büros und Wohnungen steigt. Experten des Fachverbands der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (FGW) vermuten, dass Europa in zwanzig Jahren in etwa so viel Kühlleistung wie derzeit Heizbedarf benötigen wird. Gleichzeitig soll jedoch der Energiebedarf in Städten sinken und der CO₂ Ausstoß minimiert werden.

Dies kann nur durch eine neue Technologie wie der Fernkälte gelingen. Bei Fernkälte handelt es sich um ein ähnliches Konzept wie bei der Fernwärme, mit dem wesentlichen Unterschied, dass ca. 7° Celsius kaltes Wasser statt warmes Wasser durch die Leitungen fließt. Dabei kann das Fernwärmesystem zur Erzeugung von Fernkälte verwendet werden. Diese Technologie spart dabei auch massiv CO₂ ein (mit bis zu 10 mal weniger Primär-Energiebedarf als herkömmliche Klimaanlage²) und präsentiert sich als effizientes Mittel im Kampf gegen den Klimawandel. Fernkälte bietet sich als klimaschonende und innovative Möglichkeit an, den gesundheitlichen Risikofaktor Hitze zu minimieren.

¹ vgl. <https://kurier.at/chronik/oesterreich/oberarzt-warnt-vor-hitzewelle-es-wird-wohl-tote-geben/400533430>; auch <https://www.ages.at/themen/umwelt/informationen-zu-hitze/hitze-mortalitaetsmonitoring/>

² <https://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do?pageTypeld=67823&channelId=47780#70047>

Im Sinne einer innovativen und klimaschonenden Stadt, welche sich um die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger bemüht, stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob die Implementierung von Fernkälte, in Zusammenhang mit der Fernwärme-Infrastruktur für die Stadt Graz durchgeführt werden kann bzw. welcher Aufwand dazu nötig wäre.